

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

201 (30.4.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Samstag, den 30. April 1932.

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.90 RM
im Voraus, im Verlag oder in den
Abnehmstellen abheben. Durch
die Post bezogen (einmal wöchentlich)
monatlich 3.10 RM auswärts 4.20 RM
Einzelpreise: Verkaufszahl 10 Pf.
Sonntags-, Nummer und Feiertags-
Nummer 15 Pf. — Am Ball höherer
Stufen, Streit, Anzeigenerwerb
bei der Post keine Ansprüche bei
Verkauf oder Rücknahme der
Zeitung. — Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille 2.50
0.40 RM. Stellen, Gewerbe, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Beklame 2.50
RM. — Bei Wiederholung tariflicher Nachb.
bei der Abrechnung des Betrages, bei
gerichtlicher Vertretung und bei Kon-
zerten außer Kraft tritt. Erstlings-
ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Redaktion und Verlag von
: : Ferdinand Ziercke
Verantwortlich: Rfr. Volkmann
A. Rimmig für politische Redaktionen
Dr. A. Maner für badische Redaktionen
L. S. Dr. O. Schenck für kommunal-
politisch: R. Hinder für Soziales und Sport
A. Solberger für das Feuilleton
R. Böhm für Ober- und Konkrete
Christ. Dertle für den Sonderbeilage
Preisgeld: für die Anzeigen: Ludwig
Reinhold alle in Karlsruhe (Baden),
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kallersruhe
Nr. 20. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Geist / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Führer-Zeitung / Landwirtschaft-
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Kofferpacken in Genf.

Gedrückte Stimmung / Keine Vertagung der Abrüstungskonferenz.

K. Genf, 29. April. (Fig. Drahtbericht der Badischen Presse.)
Heute morgen wurde hier der Zwischenfall von Shanghai bekannt,
dass ein Koreaner — also ein japanischer Staatsangehöriger —
während der Parade der japanischen Truppen auf die Tribüne der
hohen Militärs eine Bombe warf. Diese Bombe hat auch hier ihre
Wirkung nicht verfehlt, zumal sich unter den 6 verhafteten Kom-
plizen ein Chinese befindet. Kaum ist die außerordentliche
Polizeiverammlung einberufen worden, werden ihre Arbeiten
durch diesen Vorgang wieder vollständig umgeworfen.

Die Stimmung ist hier recht gedrückt, weil nach jedem er-
freulichen Anfang irgendwelcher Genfer Verhandlungen sofort die
Dinge eine negative Form annehmen. Wie sich die außerordentliche
Vollversammlung mit den Vorfällen abfinden wird, ist im Augen-
blick noch nicht abzusehen. Im übrigen herrscht hier „Koffer-
packen“, Stimmung. Die technischen Abrüstungsausschüsse
weisen teilweise ganz interessante Debatten auf, die aber unter den
augenblicklich hier obwaltenden Umständen in ihrer praktischen Aus-
wirkung ziemlich belanglos sind. Einige Delegationen klagen dar-
über, dass sie kein Geld mehr für einen langen Genfer Aufenthalt
haben und sehen sich für die Vertagung der Abrüstungs-
konferenz bis zwei Wochen vor der Lausanner Konferenz ein.
Doch wird es gut sein, die näheren Entscheidungen in den nächsten
Tagen abzuwarten und den hier natürlich reichlich viel herumwir-
renden Gerüchten über eine sehr lange Vertagung keinen Glauben
zu schenken. Man sieht immer mehr, in welcher misslichen Lage
Tardieu die Konferenz durch seinen damaligen Antrag, die
Generalsprache im allgemeinen Ausschuss unbedingt am 11. April
wieder aufzunehmen, gebracht hat.

Von französischer Seite ist am Donnerstagabend angeregt
worden, die gesamte Abrüstungskonferenz bis zum 10. Juni zu ver-
tagen, mit der Begründung, dass die Arbeiten der Abrüstungskonferenz
vor der endgültigen neuen Kabinettsbildung in Frankreich
zuweilen wären. Präsident Henderson trat am Freitagvormittag
mit dem Hauptberichterstattungsrat, dem Vizepräsidenten Politis
und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, zu einer
vertraulichen Besprechung zusammen, in der jedoch beschlossen wurde,
die Arbeiten der Konferenz in der bisherigen Weise fortzusetzen und
keine Unterbrechung vorzunehmen. Gerüchte, nach
denen die französischen Verhandlungsabteilungen auch von deutscher Seite
unterstützt worden sind, entbehren jeder Begründung.

Brüning nach Berlin abgereift.

Reichszugler Dr. Brüning ist heute vormittag 11 Uhr nach
Berlin abgereift. In seiner Begleitung befinden sich Staats-
sekretär von Bülow, Ministerialdirektor Zehlin und Ober-
regierungsrat Plaw. Der deutsche Botschafter von Hoelz,
der am Donnerstagabend in Genf eingetroffen war, begleitete den
Reichszugler bis Basel, um ihm unterwegs über die Haltung der
französischen Regierung Bericht zu erstatten.

Und Stimson folgt heute.

Staatssekretär Stimson hat seine Abreise aus Genf endgültig
auf Samstag vormittag festgesetzt. Von unterrichteter ameri-
kanischer Seite wird das außerordentliche Interesse hervorgehoben, dass

Stimson während seiner Genfer Anwesenheit der Regelung des
japanisch-chinesischen Streitfalles gewidmet hat.
Stimson habe eingehende Besprechungen mit den Vertretern der
interessierten Mächte geführt, um sich Klarheit über ihre Haltung
zu verschaffen. Von amerikanischer Seite wird mit großem Nach-
druck unterstrichen, dass für die amerikanische Regierung die end-
gültige Haltung in der Abrüstungsfrage in entscheidender
Reihe von dem Verlauf des japanisch-chinesischen Streitfalles ab-
hänge.

Wiederaufnahme der Chefbesprechungen?

U. Genf, 29. April. Von der englischen Abordnung wird
folgende amtliche Pressemitteilung ausgeben:
„Bei einer Besprechung, die heute nachmittag in der Villa des
amerikanischen Staatssekretärs Stimson zwischen den Hauptver-
tretern der Großmächte, Paul-Boncour, Koiji, Macdo-
nald, Radolyn und Stimson abgehalten und von Macdonald
präsidiert wurde, kam man überein, dass es dringend nötig sei, die
Gespräche, die mit Aussicht auf guten Erfolg zwischen den
Führern dieser Abordnungen geführt worden sind und die unglück-
licherweise durch die Unmöglichkeit für Tardieu, nach Genf zu
kommen, unterbrochen worden sind, so schnell wie möglich wieder
aufzunehmen. Es ist vorgesehen, dass diese Wiederaufnahme
innerhalb von vierzehn Tagen stattfindet. Das genaue
Datum wird in ein oder zwei Tagen festgesetzt werden.“

Auf deutscher Seite wird zu diesem Beschlusse darauf hingewie-
sen, dass somit die Verantwortung Tardieu in seiner Weise zu einer
völligen Unterbrechung der in Genf eingeleiteten großen inter-
nationalen Besprechungen geführt hat. Trotz der französischen Hal-
tung hätten sich die fünf Mächte darauf geeinigt, in nächster Zeit
die unterbrochenen Besprechungen wieder aufzunehmen. Es handele
sich hierbei um die beiden Hauptfragen der Abrüstungskonferenz,
die Gleichberechtigung Deutschlands und die Stellungnahme zu den
französischen Sicherheitsvorschlä-
gen, von deren Regelung der weitere Verlauf der Abrüstungs-
konferenz in entscheidendem Maße abhängig sei. In maßgebenden
Kreisen sei man jetzt zu der Überzeugung gelangt, dass ohne ein-
deutige Regelung dieser beiden Fragen ein Fortgang der Arbeiten
der Abrüstungskonferenz undenkbar sei und dass deshalb in Kreisen
der fünf maßgebenden Mächte eine eindeutige Stellungnahme und
Klärung dieser Frage herbeigeführt werden müsse.

Den kommenden Besprechungen wird auf deutscher Seite ent-
scheidende Bedeutung beigegeben, da die Ueberbrückung der deutsch-
französischen Gegensätze sowohl wegen ihrer Rückwirkung in der
Reparationsfrage als auch für die gesamte deutsche Abrüstungs-
politik weittragende Bedeutung besitze. Die neue Fünfmächtekon-
ferenz wird jetzt zunächst in diplomatischen Verhandlungen
zwischen den Hauptstädten vorbereitet werden, in denen auch
der endgültige Zeitpunkt festgesetzt werden wird. Die Befanztage
soll jedoch von Genf aus erfolgen. Von deutscher Seite wird fest-
gestellt, dass somit der Versuch der französischen Seite, ein Zustandekommen der Fünfer-Besprechung zu verhindern, vorläufig als ge-
scheitert angesehen werden muß.

Hitler sichtet die Hindenburgwahl an.

m. Berlin, 29. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler,
hat beim Reichswahlprüfungsgericht die Wahl des Reichspräsidenten
von Hindenburg angefochten. Die Klage scheidet erst in
einigen Wochen zur Behandlung kommen. Es ist nicht anzunehmen,
dass Hitler Erfolg haben wird, weil der Vorsprung Hindenburgs
zu groß ist, als dass sich sein Sieg tatsächlich durch die vorgeworfene
„missbräuchliche Anwendung des Rundfunks im Dienste des Präsi-
dentschaftskandidaten von Hindenburg“ und „verfassungswidrige
polizeiliche und sonstige behördliche Maßnahmen“ erklären ließe.
Würde Hindenburg allerdings nur einen Vorsprung von wenigen
100 000 Stimmen haben, dann läge die Sache für Hitler wesentlich
günstiger, weil dann die maßgebenden Stellen vielleicht doch in eine
nähere Prüfung der Dinge eintreten würden. Das Gericht selbst
steht unter dem Vorbehalt des Zentrumsabgeordneten Bell; neben
ihm sitzt je ein Vertreter der Sozialdemokraten, der National-
sozialisten und der Kommunisten. Außerdem sind dem Gericht noch
drei Reichsrichter zugeteilt.

Beanstandete Verwendung von Reichsgeldern.

U. Berlin, 29. April. Der Haushaltsausschuss des
Reichstages sichte am Freitag seine Ansprache über den Bericht
des Rechnungsunterausschusses über die Haushaltsrechnung 1930
fort. Bei dem Haushalt des Reichsinnenministeriums
wies der Berichterstatter darauf hin, dass mit dem Fonds des Mini-
steriums im allgemeinen sparsamer als früher gewirtschaftet werde,
dass aber manche an sich unnötigen Ausgaben unterstützt
worden seien. Auch könne man sich den Eindrücken nicht erwehren,
dass aus dem Fonds Gelder gegeben worden seien, deren Empfänger
und deren Verwendung man nicht mit der erforderlichen Sorgfalt
geprüft habe.

In der Ansprache dazu hob der Zentrumsabgeordnete Schrei-
ber insbesondere die Notwendigkeit hervor, auf dem Gebiete des
Gesundheitswesens und der Forschung trotz aller Not gewisse Auf-
gaben zu erfüllen. Auch hinsichtlich der Pflege des Deutschtums
habe das Reich Verpflichtungen, denen es sich nicht entziehen dürfe.
Der Abgeordnete Dr. Köhler (Ztr.) bemängelte, dass Reichsgelder
zur Herausgabe eines Buches über Sauerkrautrezepte,
ferner für „portliche Betätigung der Bauernfrauen“ und ähnliche
Zwecke gegeben worden seien.

Bei der Erörterung der sozialen Maßnahmen, die das
Reichsarbeitsministerium in seinem Haushalt für 1930 ergriffen hat,
verwies der Ausschuss ein klares Bild darüber zu erhalten, wie-
viele Mittel insgesamt den Spitzenverbänden und den
ihnen angehörenden Organisationen und An-
stalten der freien Wohlfahrtsverbände aus Reichs-
mitteln jährlich zufließen. Die Ueberbrückung des Unter-
schusses wurde dabei ausgeführt, keinesfalls den wirtschaftlichen Umfang der
Leistungen des Reiches für diese Stellen erkennen. Immerhin gehe
aus der Ueberbrückung hervor, dass die großen Spitzenver-
bände der freien Wohlfahrtsverbände im Rechnungsjahr
1930 erhebliche Reichsmittel erhalten hätten. Die
Wahrung der Reichsbelange bei den auch mit Reichsbilfe finan-
zierten Einrichtungen beruhe allzu häufig auf einem negativen Ver-
trauensverhältnis oder auf der üblichen Entsendung eines Be-
amten in die betreffende Körperschaft. Es habe sich sehr oft gezeigt,
dass die Aufsichtspersonen erst durch die Zeitungen und durch den
Untersuchungsrichter erfahren hätten, dass sich die Gesellschaft nicht um
die Belange der Aufsichtsgänge gekümmert habe. Der Aus-
schuss kam nach eingehender Erörterung der Verwaltung bei der
Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfe-
organisationen Deutschlands, die Reichsmittel erhalten
hat, zu der Auffassung, dass hier der Rechnungshof des Deutschen
Reiches wegen der außerordentlichen Höhe der Verwaltungs-
und Gehaltsausgaben eingreifen müsse. Es wurde bedauert, dass die ver-
antwortlichen Reichs- und Länderstellen dieser Kreditgemeinschaft
einen so erstaunlich selbständigen Verbrauch öffentlicher Mittel ge-
staltet hätten. Ein Regierungsvertreter wies hierauf darauf hin, dass
bisher keine rechtliche Möglichkeit vorhanden gewesen sei, in das
Geschäftsgebahren dieser Organisation einzugreifen. Jetzt aber sei
Vorkehrung getroffen, dass die öffentliche Hand größere Nachmittel
erhalte.

Die Deutschnationalen beantragen einen Untersuchungsausschuss.

U. Berlin, 29. April. Die Deutschnationale Reichs-
tagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuss ein-
zusetzen, der die Verwendung der nach der Reichshaushaltsrechnung
für 1930 ausgemessene außerplanmäßige Ausgabe von 496 000 RM
zur Aufklärung der Bevölkerung über die Absichten der Reichs-
regierung im einzelnen nachzuprüfen und insbesondere festzustellen
hat, ob und inwieweit diese Mittel zu Wahl- oder parteipolitischen
Zwecken verausgabt worden sind.

Polen und der Nationalsozialismus.

Von unserem Warschauer Berichterstatter

Wilhelm Baum.

Die Bereitwilligkeit, zu irgendeinem ernstlichen Ausgleich mit
Deutschland zu gelangen, hat in Polen unter der Dreierpartei-
Diktatur nicht zu, sondern abgenommen. Sucht man — nicht ohne
Bergzögerungsglas! — nach Spuren einer verlässlicheren Richtung,
so wird man sie heute, wenn überhaupt, so nur bei den politischen
Einflusslosen finden.

So vielleicht in Kreisen der PPS, der Polnischen Soziali-
stischen Partei, deren theoretische Verlässlichkeit übrigens zu-
nimmt, je ferner die Möglichkeit ihrer praktischen Betätigung gerückt
ist; als die PPS noch ministrel war, hat sie oft genug enttäuscht.

Beschwichtigendes Gutzureden kann man ferner gelegentlich in
katholischen kirchlichen Kreisen hören. Die polnische katholische
Geistlichkeit war zwar immer sehr national, ja oft chauvinistisch,
womon Oberschlesien erzählen kann, und was noch heute die deutschen
Katholiken und andere nationale Minderheiten in Polen zur Ge-
nüge erfahren. Aber die jüngste Hochspannung der nationalistischen
Lehren, die bis zum Anspruch der Ausschließlichkeit geht, Lösungen
wie: „Der Staat der Staat und nochmals der Staat“ oder „Das
A und O ist die Nation“, — sie rühren an die Grundlagen der über-
nationalen und überstaatlichen Stellung der Kirche. Daher hört
man auch von polnischen kirchlichen Würdenträgern — nicht zuletzt
wenn sie soeben aus Rom zurückkehrten — gelegentlich die Mah-
nung, sich zu mäßigen. In diesem Sinne ließ sich zum Beispiel un-
sängig vor einem Vertreter der Wiener „Reichspost“ der polnische
Erzbischof Kardinal Hlond vernehmen. Mancherlei Sorge sprach
aus seinen Worten, Sorge vor allem über die Entfristung im
allgemeinen, wenn er dringend riet, die „Zammenmauer des Hasses
zwischen Deutschen und Polen“ zu lösen. Kennzeichnender jedoch
als diese Äußerungen waren der Umstand, dass obgleich sie vom
Primas von Polen stammten, dem obersten Kirchenfürsten des Lan-
des, das einst Polonia semper fidelis genannt wurde, sie nirgends
in der polnischen Presse ein Echo weckten; zumeist sind sie kaum
erwähnt worden.

Mit verstärkter Ruhe läßt sich dann endlich etwa noch die
kleine Wilnaer Gruppe um das monarchistische Blatt „Czomow-
ciendek, das der literarisch begabte, aber eigenbrüderliche und ein-
flußlose Cat-Madziwicki leitet. Hier wird gelegentlich mit wirtschaft-
lichen, antirussischen oder ähnlicher realpolitischen Gründen für eine
polnisch-deutsche Verständigung geworben, — die Stimme des Pre-
digers in der Wüste.

Am übrigen erstreckt sich eine fast einhellige Front der
Verneinung, innerhalb deren sich in der Hauptsache nur Aus-
drucksunterschiede der Form feststellen lassen.

Dies also sind die Voraussetzungen, unter denen die maßgeb-
lichen Faktoren der hiesigen Öffentlichkeit wie andere deutsche Vor-
gänge so auch den Nationalsozialismus seit seinem Auftreten ver-
folgen. Seine wahren Ursachen und bewegenden Kräfte zu verstehen
und zu werten, war man demgemäß weder vorbereitet noch geneigt.
Man sah die Dinge fast nur von sich aus, beurteilte die NSDAP
allenfalls unter dem Gesichtspunkt ihres Kampfwerts für den außen-
politischen Gegner. Wie man in diesem Sinne nun nach den Wahlen
vom 24. April denkt, zeigten in besonders bestimmter Formulierung
etwa Ausführungen von Professor Lempiński im „Kurjer Polski“.

„Es wäre gut, heißt es da, wenn Hitler zur Regierung käme.
Damit wäre der deutschen Außenpolitik ein Trumpf aus dem Spiel
genommen. Der Nationalsozialismus ist ja weniger eine Partei
als eine Bewegung, zusammengehalten durch einen irrationalen
Glauben mit explosiven Erscheinungsformen. Gerade dadurch er-
weist er der deutschen auswärtigen Politik bedeutende Dienste, da
sie ständig auf die Gefahren hinweisen kann, die dem Frieden Euro-
pas von seinem Siege drohen würden. So muß man denn fest-
stellen, daß das für uns eigentlich Gefährliche der jüngsten Wahl-
ergebnisse in Deutschland darin liegt, daß Hitler einerseits einen
so großen Erfolg zu verzeichnen hatte, aber dennoch nicht den ent-
scheidenden Sieg davontrug, denn nur im letzteren Fall könnte er am
Anfang vom Ende.“ Mit gewissen Abwandlungen findet man
dieselbe Meinung auch anderwärts vertreten. Ihr widerspricht
allenfalls in der innerpolitischen, nicht aber in der außenpolitischen
Prognose auch diejenige Richtung, die durch ihre falschlichen Re-
gungen, unbeschadet des außenpolitischen Gegenstandes, den National-
sozialismus mit einer gewissen sachlichen Anerkennung beurteilt.
Es ist dies die Nationaldemokratie. Sie hat für die Hitler-
bewegung Verständnis, so wie etwa die Führer feindlicher Truppen
für einander militärtechnisches Verständnis haben können, so daß
man dem tüchtigen Gegner sogar ein Lob nicht verlag. Insbesondere
die gegen Judentum, Freimaurer, Marxismus, Pazifismus,
Internationalismus gerichteten Programmpunkte der NSDAP, werden
von der Nationaldemokratie mit Zustimmung aufgenommen.
Dass man desungeachtet auf dem Boden der praktischen Außenpolitik
die geistigen und sonstigen Waffen dennoch gegeneinander lehren
müßte, bleibt davon unberührt.

Und so ergibt sich denn, daß, insofern es sich um Vorgänge des
politischen Alltags handelt, Regierungspartei und Nationaldemo-
kratie nicht nur in der allgemein deutschen Bevölkerung, sondern
auch in der Angriffsluft gegen die angeblichen Friedensbedro-
hungen der Braunhemden sich überbieten. Da, man hat geradezu
eine Methode ausgebildet und eine Planmäßigkeit darin entwickelt,
die eigene öffentliche Meinung aus diesem Anlaß und unter diesem
Vorwande künstlich gegen das Nachbarland zu erregen. Die jüngste
Seite gegen Danzig z. B. beruhte hauptsächlich auf diesem Verfah-
ren. Bedenkt man zugleich, daß, wie eingangs hervorgehoben, die
entgegenwirkenden Kräfte im heutigen Polen kaum vorhanden oder
doch völlig ohnmächtig sind, so leuchtet es ein, daß diese auf etu
bestimmtes Stichwort eingekettete Verheerung be-
sondere Gefahren in sich trägt. Heute muß der Wahlerfolg der
Nationalsozialisten herhalten, morgen wird man wieder etwas
anderes finden.

Mißtrauensanträge im bad. Landtag abgelehnt.

Der Haushalt des Staatsministeriums angenommen.

29. April.

Am Freitagnachmittag marschierte in der politischen Sprache die zweite Rednergarnitur auf, angeführt vom Zentrumsführer Dr. Föhr. Zuvor nahm noch Innenminister Maier das Wort zu einigen Aufklärungen. U. a. rechtfertigte er die Enthebung zweier Lehrer von der Unterrichtserteilung an einer Volksschule damit, daß nach Ansicht des Ministers der eine als Deutschnationaler nicht an diesem Institut einer Republik Geschichtsunterricht geben (!) und der andere, der wegen des prozentigen Gehaltsabzugs seine politische Gesinnung gewechselt habe, nicht andere zu charakteristischen Menschen erziehen könne. Dann gibt der Minister Belege für staatsfeindliche Agitations- und Aktionsmethoden der Kommunisten, die beweisen, daß die Kommunisten auf den Bürgerkrieg hinarbeiten. Die Staatsgewalt würde aber mit aller Kraft dafür sorgen, daß Ordnung und Sicherheit und die Freiheit des Einzelnen gegen Terror jeglicher Art gewahrt bleibe. Zum Beweis für den umfänglicheren Charakter der KPD zitiert der Minister einen Satz aus der Einleitung einer illegalen Schrift: „Der bewaffnete Kampf“, „Der bewaffnete Aufstand ist die höchste Form des politischen Kampfes des Proletariats.“

Diese Ausführungen des Innenministers wurden wiederholt durch erregte Zwischenrufe der äußersten Linken unterbrochen, so daß der Vizepräsident die Abg. Langendorf darauf aufmerksam machte, daß die Frauen im Landtag das selbe Recht haben, also auch Ordnungsrufe bekommen.“ Dies geschah widerwärtig zwar nicht der Frau, aber dem Abg. Böning.

Dann hielt Dr. Föhr eine längere Rede, in der er sich mit der Opposition über Einzelheiten und Grundfähliches auseinandersetzte. Den Deutschnationalen sagte er voraus, daß sie mit ihren Verleumdungen, Sprengpulver zwischen die Koalitionsparteien zu werfen, keinen Erfolg haben werden. In diesem Zusammenhang entwirft Dr. Föhr das Idealbild eines Koalitionspartners und die dafür geltenden Grundzüge, deren sich seine Partei stets befleißigt habe: erste Aufgabe der Regierungspartei ist, Staatspolitik zu treiben, keine Diktatur einer Partei, sondern Rücksichtnahme auf die Partner zwecks Findung einer gemeinsamen Linie. Die jetzige badische Koalition arbeite ohne Reibungen. Schließlich verteidigt Dr. Föhr gegenüber der Rechten die Regierungspolitik im Reich und Land, die keine Illusionen, sondern Realpolitik getrieben habe.

Die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion rufen wiederum den Deutschnationalen Brähler auf den Plan, der sich eingehend mit der Außenpolitik, insbesondere der Reparationsfrage befaßt.

Alsdann folgt wieder ein Vertreter der Koalition, der Sozialdemokrat Marzloff, der den Dank, den der Zentrumsredner der Regierung gesollt hat, wiederholt. Als er den „System“-Begnern den Vorwurf der „Illusionspolitik“ zurückgibt und sie für die gespannte Atmosphäre verantwortlich macht, kommt es zu einem Kreuzfeuer von Zwischenrufen.

Und dann verkündet der Präsident Schluss der Debatte mangels weiterer Wortmeldungen. Einzig und allein die Kommunisten haben als dühnende Antragsteller Gelegenheit, in einem Schlusswort des Abg. Bod dem sozialdemokratischen Vorredner noch einmal vom Rednerpult aus zu antworten.

In der Abstimmung wurden alle Abänderungsanträge zum Etat des Staatsministeriums abgelehnt und der Vorschlag mit den Stimmen der Koalitionsparteien, der Demokraten, Wirtschaftsparteier und des Evang. Volksdienstes gegen 8 Stimmen — der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten — angenommen. Nach einer Reihe weiterer Anträge politischen Charakters wurden schließlich auch die Mißtrauensanträge abgelehnt, wobei sich das vorstehende Abstimmungsverhältnis nur insofern verschiebt, als sich der Evang. Volksdienst enthält.

Nachmittags-Sitzung.

Zu Beginn der Freitag-Nachmittagsitzung nahm Innenminister Maier das Wort zu einer Entgegnung auf einen deutschnationalen Vorwurf wegen der Behandlung zweier ehemaliger Lehrer an der Heibelberger Volksschule. Der Innenminister klärte die Enthebung der beiden Lehrer von ihrem Amt als Lehrer der Volksschule auf und sagte, nach seiner Meinung sei ein der deutschnationalen Partei angehörender Lehrer nicht in der Lage, Geschichte an dieser Schule zu geben. Im zweiten Fall handle es sich um einen ehemals der sozialdemokratischen Partei angehörigen Lehrer, der aus Verärgerung über die badische Junggehaltskürzung seine Gesinnung gewechselt habe. Der Minister nahm die Polizei wegen der Vorgänge in Weinheim in Schutz; diese hätte nur ihre Schuldigkeit getan. Des weiteren unterbreitete der Minister dem Hause Belege über Anweisungen zu kommunistischen Aktionen (Bildung von Betriebszellen, Fragebogen über Waffen, Tankstellen usw.). Solange die Kommunisten den bewaffneten Widerstand, den Bürgerkrieg erstreben, fänden sie die Staatsgewalt gegen sich. Die Polizei werde alle Kräfte dafür einsetzen, daß die Ordnung des Landes und die Freiheit der Person gesichert bleibe. Er, der Minister, werde solange mit Redeverböten vorgehen, bis die Sprecher in den Versammlungen wieder eine anständige Kampfesweise gelernt hätten.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) anerkannte die Entschlossenheit und Klarheit der badischen Regierung in ihrem politischen Willen. Er sprach dem Finanzminister für seine Tat der Überwindung unserer finanziellen Schwierigkeiten, dem Innenminister für seine energische Einleitung für Ruhe und Ordnung Dank und Anerkennung aus. Das Zentrum stünde hinter diesem klaren Willen und hoffe, daß sich bald die Früchte einer derartigen Zielklarheit zeigen. Für die Landwirtschaft sei das Menschenmögliche geschehen. In längeren Ausführungen erging sich der Redner gegen die Nationalsozialisten und bedauerte, daß die KPD u. a. trotz erwiehener Unrichtigkeit den Vorwurf des Hochverrats gegen Zentrumsführer nicht zurückgenommen und bezüglich der Beleidigung des Staatspräsidenten keine Erklärung des Bedauerns abgegeben habe. Von der Opposition sei zu fordern, daß der Kampf sachlich und wahrhaftig geführt werde. (Lebhaftes Bravo bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Brähler ging auf Ausführungen der Minister gegen die Deutschnationalen ein. Sehr ausführlich befahte er sich mit der Rundfunkrede des badischen Staatspräsidenten über den Youngplan und der Stellung der Deutschnationalen zur Reparationsfrage. Der Redner widersprach der Feststellung des Vorredners, daß die Deutschnationalen in den Unsturztagen vom Befehl zum Thron abgedrückt seien.

Abg. Marzloff (Soz.) sprach namens seiner Fraktion das Vertrauen zur Regierung aus. Er befahte sich alsdann mit dem Reparationsproblem und die Stellung seiner Partei zu den verschiedenen Fragen, die unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben betreffen.

Ganz überraschend, auch für die Abgeordneten, fand die politische Aussprache nach den 1 1/2 stündigen Ausführungen des Abg. Marzloff ihr Ende. Vizepräsident Reinhold erklärte, daß keine weiteren Wortmeldungen vorlägen. Darauf betrat Abg. Bod (Komm.) das Rednerpult zur Begründung der kommunistischen Anträge.

Abstimmung.

In der nun folgenden Abstimmung wurde ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Gesamtministeriums sowie ein deutschnationaler Antrag wegen Aenderung in der Zusammenlegung

des Staatsministeriums abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden sämtliche Anträge der Kommunisten zum Haushalt des Staatsministeriums. Dieser selbst fand die Zustimmung aller Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten und der beiden Rechten. Abgelehnt wurden die Anträge der Kommunisten betr. Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen, Rede- und Versammlungsverbot u. a., sowie ein Antrag der Nationalsozialisten für Verbot des Rotfrontbundes.

Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen das Gesamtministerium bzw. den Innenminister Maier wurden abgelehnt gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten und Kommunisten bei Enthaltung des Evangelischen Volksdienstes. Zum Schluss wurde ein Antrag des Zentrums auf weitgehende Genehmigung zur Abgabe von Leubstreu angenommen, womit zugleich Anträge derselben Tendenz von nationalsozialistischer und sozialdemokratischer Seite erledigt sind.

Schluss 8.20 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 3. Mai, 9.30 Uhr vormittags. Tagesordnung: Novelle zum Grund- und Gewerbe-steuergesetz.

Oberbadische Handwerkerlagung.

Freiburg i. Br., 29. April. Auf Einladung des Gauvorsitzenden des Freisgauverbandes der Gewerbe- und Handwerkervereine, Handwerkerkammerpräsident und Stadtrat Ambros, trafen sich am Sonntag, 24. April, die oberbadischen Gau-, Bezirks- und Gewerbevereinsvorsitzenden des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. Danach sind zunächst die Erholungsheime Bad Sulzburg und St. Leonhard bei Heberlingen vom Landesverband abgetoßen und von der Heibelberger Handwerkerversicherungsanstalt übernommen worden. Mit diesen beiden Objekten wurde auch der Streitstoff, der jahrelang innerhalb des Landesverbandes festsitzte, enifert. Auch der Sonderbeitrag zur Dedung einer verbleibenden Schuld aus diesen Erholungsheimen von 150 000 RM., der von den einzelnen Handwerker- und Gewerbevereinen hätte erhoben werden sollen und vielfach Anlaß zu Austritten von Vereinen aus dem Landesverband gegeben hat, ist gefallen. Die von etwa 70 Gau-, Bezirks- und Gewerbevereinsvorsitzenden Oberbadens besuchte Versammlung billigte einmütig die umfassende und zielbewusste Durchführung all dieser Maßnahmen, die im Interesse des badischen Handwerks vorgenommen worden sind. Der neue Präsident des Landesverbandes badische Gewerbe- und Handwerkervereinigungen soll im Juni gewählt werden. Die grundsätzlichen Erordernisse für diese Wahl, die einzig und allein auf die Persönlichkeit des künftigen Präsidenten abgestellt sein soll, wurden, ohne daß im einzelnen auf die Personen des näheren eingegangen wurde, festgelegt.

Das Führerheim der bad. Jugendpflege

Es war damals eine große Freude bei allen Jugendorganisationen des badischen Landes, als es gelang, im Jahre 1927 ein schönes, kleines Bauernhaus auf dem Söhlberg als einfache Jugendherberge von einem Jugendfreund zu kaufen und sofort dem Jugenddanderebetrieb zu übergeben. Die unvergleichlich schöne Aussicht von diesem herrlichen Schwarzwalddorf aus über das silberne Band des Rheines hinweg nach dem wunderbaren Vogesenland und der elsässischen Ebene hat diese Jugendherberge bald bekannt gemacht. Die Badischen Jugendherbergen konnten 1928/1929 auf eigenem Gelände ein weit größeres Jugendheim errichten, das zugleich den Zweck eines Jugendferienheimes bekommen hat.

So war das alte, kleine, stille Haus, das etwa 150 Meter vom neuen Jugendheim entfernt liegt, in gewisser Hinsicht sich selbst überlassen. Aber es hatte sofort einen neuen Zweck. Es wurde bestimmt zum Führerheim und zum Führer-erholungsheim im Dienste aller badischen Jugendführer der verschiedensten Richtungen. Führerheim im dem Sinne, daß man dort Gleichgesinnte, in einer großzügigen Auffassung gesehen, trifft, mit denen man die Probleme der Jugendführung und der Jugendpflege besprechen kann. Führer-erholungsheim ist das kleine Haus insofern geworden, als genesende oder erholungsbedürftige Jugendführer dort zu einem erquicklichen Preis fast kostenlos, soweit die Unterkunft in Betracht kommt, und bei billiger und einfacher Verpflegung unterkommen und ihre Kräfte wieder neu sammeln konnten für eine tätige und unerlöschene Wirksamkeit im Dienste der Jugendwohlfahrt.

Aus den dargelegten Fällen ist mit zwingender Klarheit zu ersehen, daß zu diesem fröhlichen Zustand des Daseins dieses Heimes noch eine weitere klare Tat gehört, es sollten die einzelnen Volksorganisationen für Jugendpflege in ihren jährlichen Haushaltsplänen Mittel, wenn auch in bescheidener Höhe, für ihre ehrenamtlichen Führer zur Verfügung stellen. Denn das Opfer, das die ehrenamtlichen Führer in der heutigen Notzeit bringen, ist viel höher zu bemerten, als vor dem Kriege. Nachdem nun die Badischen Jugendherbergen die Wanderrichtung gegründet und damit das Wandern der Jugendlichen in fast allen Fällen ermöglicht haben, wäre die Einrichtung einer Führer-erholung eine Notwendigkeit, an die man gelegentlich denken könnte. Bis sie aber als eigene Stiftung besteht, könnten in dringenden Fällen auf Beschluß des Vorstandes der Badischen Jugendherbergen auch den Führern aus der Wanderrichtung Zuschüsse gegeben werden. Die meisten Verbände für Jugendpflege sammeln einmal im Jahre. Dort ist Gelegenheit gegeben, bei der Festlegung des Zweckes des Sammel-

ergebnisses auch der Führer zu gedenken durch Absonderung eines Fonds für solche Zwecke im Sinne einer Geseunderhaltung der Führerschaft. Unter diesen Leitworten wird auch die Führerschaft viel lieber geben, als wenn sie nur allgemeine Sätze hört.

In der Welt draußen gibt es genug Vorgänge dieser Art. Wir Deutsche stehen ganz bewundernd vor der Tatsache, daß die allermeisten englischen Krankenhäuser aus Stiftungsmitteln und miltätigen Beiträgen leben. Wir brauchen nicht Gleiches zu machen. Aber den Sinn des Ganzen, den Geist der englischen Volksgemeinschaft können wir auch bei uns zur Anwendung bringen in Formen, die uns und unserem Volke liegen.

Direktor Broßmer, Karlsruhe.

Eisenbahnräuber gefaßt.

Mannheim, 29. April. Von den drei Eisenbahnräubern, die kürzlich im Mainzer Güterbahnhof einen Raubversuch machten und ein Attentat auf den Hochheimer Bahnhof vorhatten, wurden zwei festgenommen. Der eine, Paul Wolfram, wurde in Mosbach verhaftet, der andere, Theodor Knaut, in Mannheim dingfest gemacht. Beide werden nach Mainz überführt.

Geplanter Raubüberfall auf einen Postomnibus

Billingen, 29. April. Einen guten Fang machte die hiesige Polizei. Bei der Verhaftung eines jungen Mannes fand man eine mit sieben Schuß geladene Pistole, sowie einen Schlüssel, der zu dem Verfach eines zwischen Königsfeld und Billingen verkehrenden Postomnibus gehörte und den der Verhaftete vor einiger Zeit gestohlen hatte. Es stellte sich heraus, daß der junge Mann zusammen mit einem anderen, der wegen Diebstahls im Gefängnis sitzt, einen Ueberfall auf den Postomnibus geplant hatte, wobei mit dem gestohlenen Schlüssel das Verfach geöffnet werden sollte.

Schweningen, 29. April. (Vor Beginn der Spargelmärkte.) Da im Boden noch viel Kälte fest, werden noch einige Tage vergehen, bis der Spargel richtig ins Schießen kommt. Man rechnet damit, daß der hiesige Spargelmarkt Anfang nächster Woche beginnt. In Reilingen wird er am nächsten Montag eröffnen.

Mosbach, 29. April. (Sommertagszug.) Wie alljährlich am ersten Mai Sonntag wird auch heuer wieder am Sonntag, den 1. Mai, ein Sommertagszug in Mosbach veranstaltet. Der Sommertagszug führt regelmäßig eine sehr große Zahl von Zuschauern aus der näheren und weiteren Umgebung hierher.

Eine 5fache Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit

weist der Zigarettenkonsum in Japan auf, während er in Nordamerika sogar auf das ACHTFACHE stieg. In allen diesen Ländern raucht man nur Zigaretten OHNE MUNDSTÜCK. In Deutschland, wo sich der Verbrauch VERDREIFACHTE, gehört zu den meistgerauchten 6 Pfg.-Zigaretten ohne Mundstück

MANOLI Privat

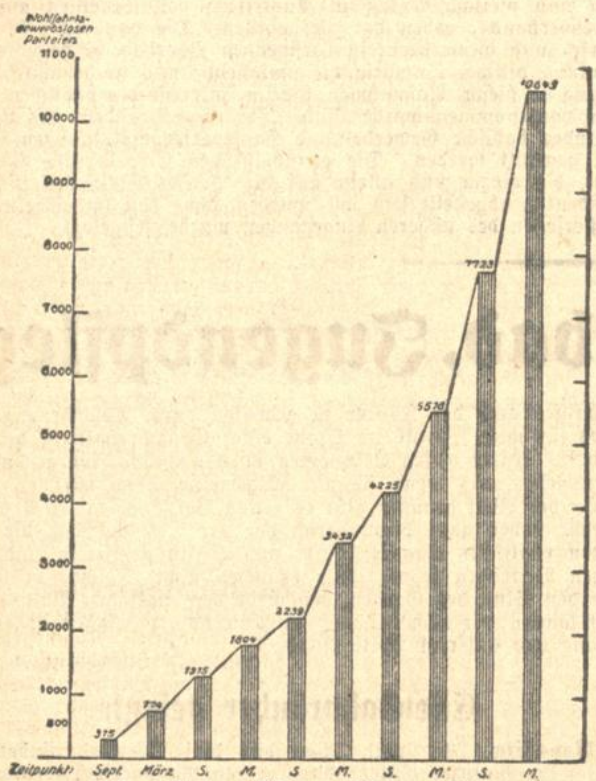
Verpackung zur Erhaltung des Aromas nur in Weißblechschachteln zu 10, 25 und 50 Stück

Die Finanzlage Mannheims.

Phantastisches Anwachsen der Fürsorgelasten.

Die Stadtverwaltung Mannheim gibt soeben Schaubilder zur Finanznot und Fürsorgebelastung Mannheims heraus, die einen instruktiven Einblick in die gegenwärtige Lage der größten Stadt unseres Landes geben. Es wird da zunächst dargestellt, welche

Die Entwicklung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen Parteien in Mannheim seit 1927. (Jeweils für die Zeitraume 30. Sept. u. 31. März.)



gewaltigen Veränderungen die wirtschaftliche Struktur Mannheims in den Nachkriegsjahren erfahren hat. Der Hafenerkehr zum Beispiel, der im Jahre 1913 noch 7 397 000 Tonnen betrug, belief sich 1931 nur noch auf 4 948 000 Tonnen. Ganz abgesehen davon, daß Straßburg das Erste Mannheims als wichtiger Hafen am Oberrhein angetreten hat, ist auch der den badischen Häfen verbliebene Rheinverkehr immer mehr von Mannheim abgewandert. Der Warenhandel, einst die Hauptquelle des Mannheimer Wohlstandes wurde durch die Erschütterungen des Nachkrieges fast zum Erliegen gebracht. Schmerzlich wird vermerkt, daß auch das Banwesen keine einjige überlokale Bedeutung zum größten Teil eingebüßt hat. Die „Suggumppe Berlin“ hat in diesem und anderen Wirtschaftszweigen dem Mannheimer Wirtschaftsleben starke Kräfte entzogen, weil der Schwerpunkt der Körperchaften und Kongresse sich durchgängig in der Reichshauptstadt konzentriert. Das Krisenjahr 1931 hat in der Mannheimer Industrie, die zu mehr als ein Drittel auf Export eingestellt ist, verheerende Wirkungen angerichtet, seitdem sich alle Staaten der Welt durch hohe Zollmauern abschließen.

Unter dem Einfluß dieser Entwicklung sind die Einnahmen und Ausgaben der Stadt in ein ungewöhnliches Mißverhältnis geraten. Im Rechnungsjahr 1932 übersteigt der Fürsorgebedarf das gesamte Steueraufkommen (inkl. Reichsüberweisungssteuern) um 3 Prozent. Die Verkehrsbetriebe der Stadt sind Defizitunternehmungen geworden, die 1932 schätzungsweise mit einem Abmangel von rund 2 Millionen RM. abschließen. Die Lage Mannheims ist unter den badischen Gemeinden eine besonders schwierige. Die Stadt steht hinsichtlich der Wohlfahrtserwerbslosenlasten mit an der Spitze der unmittelbaren Städte. Von den 16 Städten überschreiten außer Mannheim nur vier, nämlich Heidelberg, Durlach, Lössach und Raßau, den Durchschnitt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist in Mannheim phantastisch angewachsen. Vom September 1927 bis zum März 1932 hat sich die Ziffer verdreifacht.

Im ganzen kommt auch diese Spezialdarstellung, analog den wiederholten Darlegungen der badischen Kommunalverbände, zu dem Ergebnis, daß die Entbürokratisierung der Gemeinden von der jede geordnete Finanzgebarung unumgänglich machenden Fürsorgelast eine unabwendbare Notwendigkeit sei.

Waldbrunn, 28. April. (Aus dem Gemeinderat.) Einem Gesuch des hiesigen Verkehrsvereins (Waldfahrtsauschusses) um einen Zuschuß für Propaganda der Waldbrunner Wallfahrtsmesse wird dahingehend entsprochen, daß diesem 200 RM. genehmigt werden. — Im Rahmen der Notverordnung werden dem hiesigen Jagdpächter für Pacht 25 Prozent Nachlaß gewährt.

Tiengen, 29. April. (Aus dem Gemeinderat.) In der Armenratsitzung gab der Vorsitzende einen Bericht über die Fürsorgemaßnahmen im Rechnungsjahr 1931. Die gesamten Armenfürsorgeaufwendungen betragen rund 17 000 RM., was einer Belastung des Grundvermögens von 23 Pfg., des Betriebsvermögens von 7 Pfg. und des Gewerbevermögens von 133 Pfg. entspricht. Für die nächsten 3 Jahre soll der Prozentsatz der Gemeindegrenztände allgemein um 20 Prozent gesenkt werden.

Singen a. S., 27. April. (Zur politischen Betätigung der Gemeindebeamten.) Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag der Nationalsozialisten auf freie Meinungsäußerung, sowie freie Betätigung der städtischen Beamten im politischen Leben nach formeller Richtigmäßigkeit zugestimmt.

Willingen, 24. April. (Ermäßigung der Weibetagen.) Der Kreisrat hat in seiner letzten Sitzung mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Landwirtschaft die Weibetagen für die Weibden Mündelkinder und Willingen um 30 Prozent ermäßigt. Für die Wälderwärdere werden noch besondere Vergünstigungen gewährt.

Konstanz, 27. April. (Vom Kreis Konstanz.) Die Kreisversammlung des Kreises Konstanz ist auf den 10. Mai festgesetzt worden. Entsprechend der Lage weist der diesjährige Voranschlag wesentliche Kürzungen auf. An Kreiswegen sind 66 254 Kilometer gewalzt und 46 413 Kilometer geteert, an Kreisstraßen sind 91 619 Kilometer gewalzt und 78 351 Kilometer geteert. Von den Gemeindegrenzen sollen elf aus der Unterhaltungsfürsorge auscheiden. Der Voranschlag hebt in Einnahmen 441 596 Mark, in Ausgaben 1 023 596 Mark vor, so daß durch die Kreissteuer 582 000 Mark zu decken sind. Die Wanderfürsorgestellen wurden von 77 876 Wanderern besucht gegenüber 61 803 Wanderern im Jahre 1930.

Raßaus Schulen zum Jahresanfang.

Raßau, 29. April. In unserer Stadt machten 260 ABC-Schüler, und zwar 130 Knaben und 130 Mädchen, ihren ersten Gang zur Schule. Das bedeutet für Raßau eine recht stattliche Zahl. Die Schülerzahl der höheren Schulen und Fachschulen dagegen hat sich zu Beginn des Schuljahres stark vermindert. Eine Ausnahme macht das Ludwig-Wilhelm-Gymnasium. Hier bildet der Zugang von 27 Sextanern einen durchaus normalen Zuwachs. Im übrigen bedingte der Schülerstand die Schaffung einer weiteren Klasse, so daß die humanistische Anstalt, relativ betrachtet, die in

Raßau z. Zt. bestbesuchte Höhere Schule ist. Im Lehrkörper sind einige Änderungen zu verzeichnen. So wurde Professor Dr. Camill Schindler, ein äußerst tüchtiger Neuphilologe, an das Gymnasium Baden-Baden versetzt. Sein Nachfolger wurde Professor Dr. Adolf Herrmann von der hiesigen Oberrealschule, der seit Jahren eine sehr erfolgreiche Tätigkeit hier entfaltet hat. Lehramtsassessor Emil Burger wurde in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Tauberbischofsheim angewiesen. Im öffentlichen Leben der Stadt spielte er durch seine weltanschaulichen, musikalischen und wissenschaftlichen Vorträge, die er teils in Vereinen, teils in der Volkshochschule und bei andern sich bietenden Gelegenheiten hielt, eine hervorragende Rolle.

An der Realschule macht sich eine besonders starke rückläufige Bewegung bemerkbar. Der Aufstieg der Schule war vor Jahren so bedeutend, daß man sie im Jahre 1926 zur Vollanstellung ausbauen konnte. In der Folgezeit wurden 18 Klassen abgebaut. Aber bereits im Schuljahr 1931/32 wurden drei Klassen abgebaut. Im beginnenden Schuljahr sind zwei weitere Klassen überflüssig. Das bedeutet natürlich eine ins Gewicht fallende Verringerung des Lehrpersonals. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist gerade auch dieser Verlust für eine Stadt wie Raßau sehr zu beklagen. Der Eintritt in Sexta mit insgesamt 31 Schülern und Schülerinnen ist im Vergleich zum verflochtenen Schuljahr um etwa die Hälfte zurückgegangen. Der Austritt unterm Jahr und auf Schluß des Schuljahres war in den einzelnen Klassen mehr als auffallend. Das Entscheidende war in fast allen Fällen die wirtschaftlich ungünstige Lage. So sehr man die Abwanderung von einem gewissen Standpunkt aus rechtfertigen kann, so ist doch auch auf der andern Seite festzustellen, daß mitunter recht brauchbare und tüchtige Elemente der Schule verloren gehen.

Auch in der Fachschule, der höheren Handelsschule, Pflichtenhandelschule und Gewerbeschule ist die Schülerzahl wesentlich zurückgegangen, so daß entweder jüngere Lehrkräfte frei werden oder auf die Hälfte des Deputats gesetzt werden müssen, wie dies auch für die Oberrealschule zutrifft. So erleidet Raßau, das in bezug auf sein Schulwesen tadelloser organisiert ist, auch nach dieser Richtung hin leider eine empfindliche Einbuße.

Musikpflege am Oberrhein.

Wohltätigkeitskonzert. — Jubiläumseifer.

h. Altenburg, Amt Waldshut, 29. April. Ein Tag ganz im Reiche der Töne war hier der 24. April, an dem der Sängerbund Altenburg ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Erwerbslosen in Altenburg mit tatkräftiger Unterstützung des Kirchenchores und unter Mitwirkung des Orchestervereins Festeten im Saale des „Adler“ durchführte. Zur Bereicherung des ohnehin schon qualifizierten Konzertprogramms hatten Hauptlehrer Josef Bär (Klavier) und Lehrer Adolf Ruch (Bariton) ihre Kräfte in den Dienst der Sache gestellt. Was die Veranstalter versprochen hatten, einen seltenen musikalischen Genuß zu bieten, haben sie in jeder Weise erfüllt. Das der Leitung von Hauptlehrer Fr. Höfler unterstandene Konzert war in jeder Hinsicht ein voller Erfolg. Der Abend des Tages galt der Ehrung des Dirigenten, Hauptlehrer Friedrich Höfler, um ein mehrfaches Jubiläum zu würdigen, das der 40jährigen Tätigkeit als badischer Volkshochschullehrer, der 25jährigen Dirigentenchaft in badischen Gesangsvereinen und schließlich dem 20jährigen Ortsjubiläum, insbesondere als Dirigent des Sängerbundes Altenburg, galt. In zahlreichen Ansprachen, durch Vertreter der Vereine u. a., die der Jubilär musikalisch leitete, wurde Höflers Verdienste gedacht. Gaupräsident Buchter überreichte ihm im Auftrage des Sängerbundes Oberrheingau die silberne Ehrennadel und das Bundesehrenabzeichen. Von Seiten der Gemeinde wurde der 20jährigen Tätigkeit Höflers an der hiesigen Volkshochschule ehrend gedacht.

I. Kronau, 30. April. (89 Jahre alt.) Heute feiert der Landwirt Chr. Hees in geistiger Frische seinen 89. Geburtstag. Der Jubilar ist der älteste Einwohner der Gemeinde und der einzige Altveteran von 1866/1870.

Im Steinbruch erschlagen.

— **Albbruck (bei Waldshut), 29. April.** In dem neuangelegten Steinbruch in Tiefenfeld wollte der Bruchmeister E. Eschbach von Ruchow (Hohenwald) nach einer vorgenommenen Sprengung Gesteinsmassen wegchaffen. Pflösch löste sich im Steinbruch eine große Schicht Gesteinsmassen ab, Eschbach wurde von dem Steinerschlag erfaßt und tödlich getroffen. Ein anderer Arbeiter erlitt leichtere Verletzungen, während die übrigen Arbeiter sich in Sicherheit bringen konnten. Eschbach war 39 Jahre alt, und Vater mehrerer Kinder.

Beim Pfeilschießen tödlich getroffen.

— **Niederwinden (Elstal), 29. April.** Der Volksschüler Fritz Hötzinger vergnügte sich mit seinem älteren Bruder mit Pfeilschießen. Aus Unvorsichtigkeit wurde er dabei ins Auge getroffen. Trotz sofortiger Operation erlag der Knabe seiner schweren Verletzungen.

Schupo vom Auto erfaßt.

— **Borsheim, 29. April.** Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich am Donnerstagabend in der Gutinger Straße in der Nähe des Gaswerkes ereignet. Ein auf einer Polizeistreife befindlicher, 29 Jahre alter uniformierter Polizeibeamter wurde von einem Personkraftwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Er fiel auf die Schienen der Straßenbahn. Ein in voller Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen konnte zum Glück angehalten werden. Der Polizeibeamter trug einen Schädelbruch und vermutlich auch einen Wirbelsäulenbruch davon. Der Kraftwagenführer wurde verhaftet.

— **Urfossen, bei Offenburg, 29. April.** (Selbstmord auf der Schiene.) Auf der Straße Appenweier-Renschen wurde der 25 Jahre alte Arbeiter Oskar Bärner tot aufgefunden. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Brände im Lande.

— **Borsheim, 29. April.** (Feuer in einer Papierfabrik.) Am Donnerstagabend brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise in der Papierfabrik im Stadtteil Dillweigenstein Feuer aus, das aber auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der Brandschaden ist jedoch erheblich.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Ernannt: Dr. Hermann Bachaus, Privatdozent an der Universität Greifswald, mit Wirkung vom 1. Mai 1932 zum ordentlichen Professor der theoretischen Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Auf Anträgen in den einklassigen Ruhestand versetzt: Rektor Gustav Rodel in Mannheim, Hauptlehrerin Martha Trabold in Zell a. d. Gewerbelehre in Gillingen, Studienrat Dito Jüransen an der Gewerbelehre I in Karlsruhe. **In den einklassigen Ruhestand versetzt:** Hauptlehrer Hermann Wiedenfeld in Gillingen, Hauptlehrer Anna Keller an der Kreisoberrealschule in Gillingen, Studienrat Karl Scherb an der Handelsschule in Freiburg i. Br.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen. — **Wasser und Straßenbauverwaltung.** — **Planmäßige Ansetzungen:** Straßenwärter Friedrich Schaller in Waldbrunn.

Versetzt: Regierungsbaumeister Robert Pfisterer beim Wasserrechtsamt der Wasser- und Straßenbauverwaltung zum Kulturamt Karlsruhe.

Versetzt: Vermessungsassistent Ernst Schlempp in Tauberbischofsheim zum Vermessungsamt Freiburg. **Zur Ruhe versetzt:** Franz Weis nach Erreichung des Altersgrenzes: Hauptlehrer Wilhelm Felslaufer und Oberlehrer Alois Göttert bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung, Straßenoberbaumeister Fritz Böger in Gillingen, Straßenwärter Josef Keller in Urfossen und Eduard Schmitt in Waldbrunn.

Gestorben: Regierungsbaumeister Karl Altschäffer in Offenburg am 20. April 1932.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern: Ernannt: Regierungsassessor Georg Fritsch beim Bezirksamt Schoßheim zum Regierungsrat dabei; Verwaltungsrat Alfred Jersch beim Bezirksamt Karlsruhe zum Verwaltungsrat.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 30. April — 8. Mai 1932

| Am Landestheater: | Freitag, 6. Mai: | Samsen, 7. Mai: |
|---|--|---|
| Samstag, 30. April: * R 24. Th.-Gem. 1351 bis 1400. Drei einaktige: Haccaccio, Komische Oper von Zuppe. 20 bis gegen 23 (5.70). | Freitag, 6. Mai: * F 23 (Freitagmiete), Th.-Gem. 801—900. Haccaccio, Kom. Oper von Zuppe. 20 bis gegen 23 (5.70). | Samsen, 7. Mai: Außer Miete. Bank I. Z. Von Goethe. 19—22.15 (4.90). |
| Sonntag, 1. Mai: Morgens 11.15—12.30 (10.50—11.00). Nachmittags: 12. Vorstellung der Sommerfeste für Anwärter: Loda. Von Piccini. 15.15—17.30 (6.50). Abends: * B 25. Th.-Gem. I. Z.-Gr. Der fliegende Holländer. Von Wagner. 20—22.30 (6.30). | Bestehend sind 10.50 14.50 16.50 Hess Kaiser-Schuhe str. 183 12.50 | Sonntag, 8. Mai: Nachmittags: Zu kleinen Preisen: Am weißen Röhl. Singpiel von Genay. 15—18 (4.20). Abends: * C 26. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Rigoletto. Von Verdi. 20 bis 22.15 (6.30). |
| Montag, 2. Mai: * C 25. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Vor Sonnenuntergang. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis 22.45 (4.20). | Elly Hebenstreit Feiner Damenputz Waldstraße 13 l. — Tel. 1792 empfiehlt ihre Neuheiten für Frühjahr und Sommer Zeitgemäße Preise. Umarbeitung so günstig! | Am Städtischen Konzerthaus: Sonntag, 1. Mai: * Zur goldenen Liebe. Operette von Genay. 19.30—22.15 (3.60). Sonntag, 8. Mai: Keine Vorstellung. |
| Dienstag, 3. Mai: * G 25. Th.-Gem. 1201 b. 1300. Sommer von einh. Operette von Kallat. 20 bis gegen 22.30 (4.20). | 5 Schaufenster Kunst zeigt Kunst- und Rahmenhaus Büchle Inh.: W. BERTSCH Ludwigsplatz Ecke Erbrinzenstr. | Mittwoch, 4. Mai: In Straburg: Am weißen Röhl. Donnerstag, 5. Mai: In Straburg: Nachmittags: Am weißen Röhl. — Abends: Am weißen Röhl. |
| Mittwoch, 4. Mai: A 27 (Mittwochmiete), Th.-Gem. 501—600. Menu der Jahre Wein blüht. Lustspiel von Björnson. 20 bis 22 (3.50). | E. Willer Optische Anstalt Kaiserstrasse Ecke Lamstr. Fernsprecher 3550 Gegr. 1898 Operngläser, Feldstecher, Barometer, Augengläser, Mechan. Spielwaren | Karlsruher Vorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße Nr. 124 B. Telefon Nr. 888 und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420. Pianerhandlung Fr. Brunner, Kaiserstraße 26, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Berderplatz 48, Tel. 603. In Durlach: Musikhaus Karl Weik, Tel. 458. |
| Donnerstag, 5. Mai (Simmelfesttag): Auh. Miete. Drei einaktige: Tristan u. Isolde. Von Wagner. 18—22.30 (6.30). | Herrn - Oberhemden Schlaf - Anzüge repariert, bügelt u. fertigt aus gegebenem Stoff Maß-Atelier Beyer Waldstraße 77. | Durand'sche Tapeten aus der neuen Kollektion 1932 marschieren an der Spitze! Schmücken auch Sie damit Ihr Heim! Schöne Tapeten sind Freudenbringer. Verlangen Sie bitte die neue Karte. Akademiestr. 35. bei der Passage. 11819 |

E. Willer
Optische Anstalt
Kaiserstrasse Ecke Lamstr. Fernsprecher 3550 Gegr. 1898
Operngläser, Feldstecher, Barometer, Augengläser, Mechan. Spielwaren

Das ganze Jahr hindurch billige Wiederherstellung aller beschädigt. Puppen
Verkauft von Puppen und Puppen-Artikeln
Erste Karlsruher Puppenklinik
H. BIELER, Kaisersir. 223
zwischen Douglas und Hirschstraße.

5 Schaufenster Kunst
zeigt Kunst- und Rahmenhaus
Büchle
Inh.: W. BERTSCH
Ludwigsplatz Ecke Erbrinzenstr.

Rastatter
Gasherde, Kohlen- und kombin. Herde, Oefen — Waschkessel.
Ofen- und Herdgeschlosser
Fritz Ganz
Waldstr. 13, Tel. 1926
Mittelbad. Ofen- und Herd Vertrieb

Herrn - Oberhemden
Schlaf - Anzüge
repariert, bügelt u. fertigt aus gegebenem Stoff
Maß-Atelier Beyer
Waldstraße 77.

Durand'sche Tapeten
aus der neuen Kollektion 1932 marschieren an der Spitze! Schmücken auch Sie damit Ihr Heim! Schöne Tapeten sind Freudenbringer. Verlangen Sie bitte die neue Karte.
Akademiestr. 35.
bei der Passage. 11819

